

INHALT

1. Besuch des Fraktionsvorsitzenden bei neuer DRK-Doppelspitze
2. Xaver und Christian haben Sylt schwer zugesetzt
3. Kulturpolitische Sprechertagung in Marbach am Neckar
4. Volksinitiative zur A 20 auf der Zielgeraden
5. Bundesagentur legt Arbeitsmarktbericht für Januar vor

31.01.2014

Besuch des Fraktionsvorsitzenden bei neuer DRK-Doppelspitze CDU fordert Landesregierung zu mehr Engagement für den Pflegenachwuchs auf

In seinem neuen Büro am Kieler Klaus-Groth-Platz hieß der frühere Landtagspräsident Torsten Geerds – gemeinsam mit seinem Vorstandskollegen Christian Petersen – am Donnerstag (30. Januar 2014) den Chef der CDU-Landtagsfraktion, Johannes Callsen, willkommen. Seit dem 1. Januar 2014 bilden Geerds und Petersen die neue Doppelspitze des DRK-Landesverbandes.

Bei dem Treffen informierte sich Johannes Callsen über die zentralen Herausforderungen des Wohlfahrtsverbandes. Im Mittelpunkt stand dabei das Thema Pflege. Mit Blick auf die Pflegeausbildung würdigte Fraktionschef Callsen die Praxis des Deutschen Roten Kreuzes, von den Schülerinnen und Schülern an den Altenpflegeschulen kein Schulgeld zu verlangen. Dies sei keine Selbstverständlichkeit; immer noch müsse ein Teil des Altenpflegenachwuchses in Schleswig-Holstein seine Ausbildung aus eigener Tasche finanzieren. Ein entsprechender Antrag der CDU-Fraktion zur Aufstockung der öffentlichen Mittel für die Übernahme der Schulkosten war am Widerstand der Regierungsfaktionen gescheitert.

Im Anschluss an seinen Besuch forderte Johannes Callsen die Landesregierung auf, mehr für den Pflegenachwuchs und die Akzeptanz der Pflege zu tun. Allein die Übernahme der Kosten der Ausbildung werde die notwendige Akzeptanzsteigerung für den Pflegeberuf jedoch nicht erreichen. Notwendig seien darüber hinaus eine deutliche Entbürokratisierung und eine grundlegende Änderung der Pflegeausbildung. Die Einführung eines dualen Pflegestudiums – wie von der CDU-Fraktion gefordert – wäre ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

„In der Pflege gibt es noch viel zu tun. Ohne Frage ist in vielen Bereichen der Bund gefordert. Das allerdings darf nicht länger die Ausrede für die SPD-geführte Landesregierung sein, in Schleswig-Holstein nichts zu tun“, erklärte Callsen.

Xaver und Christian haben Sylt schwer zugesetzt

CDU-Abgeordnete fordern Landesregierung an Hörnum Odde zum schnellen Handeln auf

Fast 40 Meter Küstenlinie gingen an der Hörnum Odde, dem südlichsten Zipfel der Nordseeinsel Sylt, innerhalb von 2 Monaten allein durch die Orkane Christian und Xaver verloren. Die Anwohner sind seitdem um die Odde – und auch um ihr Eigentum - in großer Sorge.

Diese Bürgersorgen nimmt die CDU-Landtagsfraktion sehr ernst. Deshalb sind am Donnerstag dieser Woche (29. Januar 2014) die örtliche Landtagsabgeordnete und europapolitische Sprecherin Astrid Damerow zusammen mit dem agrarpolitischen Sprecher Heiner Rickers, dem küstenschutzpolitischen Sprecher Klaus Jensen sowie Hauke Göttisch und Hans-Hinrich Neve nach Hörnum gereist, um sich vor Ort ein Bild über die enormen Sandverluste zu machen.

Sie trafen sich zu einem Gespräch mit dem Hörnumener Bürgermeister Rolf Speth, dem Verbandsvorsteher des Landschaftszweckverbandes Sylt Manfred Uekermann und Arst Hinrichsen vom Landesbetriebes für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz (LKN). Schnell wurde klar, dass von der Landesregierung neben den jährlich stattfindenden Sandvorspülungen für Sylt bislang keine zusätzlichen Mittel für den Erhalt der Hörnum Odde geplant sind. Die natürliche Erosion knabbert unaufhörlich an der Insel und insbesondere an der Hörnum Odde. Die Situation für die Insel Sylt wird immer bedrohlicher, Hörnum ist da nur der heißeste von vielen Brandherden.

„Die Landesregierung ist gefordert, Lösungsvorschläge zur rechtzeitigen und dauerhaften Sicherung der Ortslage und des Naturschutzgebietes vorzulegen“, so Astrid Damerow. Den Vorschlag des Hörnumener Bürgermeisters Rolf Speth, eine permanente Sandvorspülung vor Hörnum zu installieren, findet sie grundsätzlich überlegenswert. Die Landesregierung müsse jetzt auf jeden Fall schnell handeln.

Solidarität mit den Hörnumern versprach auch Heiner Rickers: „Wir werden das Thema auf die Agenda im Landtag setzen und die Landesregierung an Ihre Pflicht erinnern, den Küstenschutz auch in Hörnum zu gewährleisten.“



CDU-Abgeordnete am Strand von Hörnum

Kulturpolitische Sprechertagung in Marbach am Neckar

Archiv- und Bibliotheksgut wichtiges kulturelles Erbe

Die kulturpolitischen Sprecher der CDU-Fraktionen aller 16 Landesparlamente trafen sich in dieser Woche zu ihrer jährlichen Tagung in Marbach am Neckar. Schwerpunktthema der zweitägigen Tagung war die Bewahrung des Bibliotheks- und Archivgutes.

„Es muss erhalten, bewahrt und für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Deshalb kommt neben der Restaurierung und Konservierung der Originale auch der Digitalisierung von Archiv- und Bibliotheksguts eine wichtige Funktion zu“, so der schleswig-holsteinische Kulturpolitiker Peter Sönnichsen. Als Ergebnis ihrer Tagung präsentierten die Unionspolitiker die „Marbacher Resolution“, in der sie die bedeutende Rolle des Archiv- und Bibliotheksgutes als wichtigen Beitrag zum kulturellen Erbe hervorhoben.

Die kulturpolitischen Sprecher waren sich darüber einig, dass der Unikatcharakter der Originale und besonders ihre Digitalisierung eine enorme Herausforderungen darstelle. Zum einen erfordern die unterschiedlichen Formen und Materialien, das unterschiedliche Alter und der unterschiedliche Erhaltungszustand der Originale einen hohen personellen und technischen Aufwand. Zum anderen führt der große Umfang des vorhandenen Kultur- und Archivgutes zu Prioritätensetzungen.

Sönnichsen betonte, dass auch die Digitalisate eines Konzeptes zur dauerhaften und langfristigen Erhaltung bedürfen: „Bund und Länder müssen sich auf eine Strategie verständigen, wie die Erhaltung der Digitalisate gewährleistet werden kann. Es muss geprüft werden, inwieweit im Bereich der Bestandserhaltung, Konservierung und Digitalisierung Kooperationen zwischen Ländern sowie mit dem Bund sinnvoll sind.“

Abschließend forderten die Sprecher, dass die Digitalisierung als zusätzliche und dauerhafte Aufgabe neben der Bestandserhaltung und Konservierung betrachtet werde und die erforderlichen finanziellen Mittel bereitgestellt werden.



Peter Sönnichsen (3. v. l.) bei der kulturpolitischen Sprechertagung in Marbach

Volksinitiative zur A 20 auf der Zielgeraden

Mehr als 18.000 Unterzeichner fordern schnelle Fertigstellung der A 20

20.000 Unterschriften müssen in Schleswig-Holstein innerhalb eines Jahres gesammelt werden, damit sich der Landtag mit einer Volksinitiative befassen muss. Bis Mitte April haben die Initiatoren der „Volksinitiative zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in

Schleswig-Holstein“ - A 20-sofort – noch Zeit, diese Grenze zu erreichen.

Die Initiative fordert für die A 20 „absoluten Vorrang vor anderen Verkehrsprojekten im Land“. Gegenüber dem Bund soll nach Ansicht der Initiatoren „auf eine vorrangige Finanzierung und Fertigstellung innerhalb von fünf Jahren hingewirkt werden“. Gefordert wird dafür „der uneingeschränkte Einsatz des Landtages und der Landesregierung von Schleswig-Holstein für den unverzüglichen Planungsabschluss sämtlicher Teilabschnitte auf der Basis der bisherigen Planungen und den Bau der A 20 einschließlich westlicher Elbquerung als strategisches Infrastrukturprojekt für Norddeutschland.“

Die Zahl der Unterstützer ist mittlerweile auf über 18.000 angewachsen, 8.000 davon haben in den vergangenen drei Monaten – also nach dem „Fledermausurteil“ des Bundesverwaltungsgerichts Leipzig unterschrieben.

„Das zeigt, wie sehr die Menschen in Schleswig-Holstein die Notwendigkeit dieser Straße sehen. Und es zeigt auch, dass sie die ständige Blockade dieses wichtigen Projektes durch Grüne, NABU und BUND nicht länger hinnehmen wollen. Verkehrsminister Meyer darf sich nicht länger von den Grünen an der Nase durch die Manege führen lassen“, erklärte CDU-Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp dazu.

Link zur Volksinitiative A 20-sofort:

http://www.a20-sofort.de/aktuelles_2013-11-08.html

Bundesagentur legt Arbeitsmarktbericht für Januar vor Zahl der Arbeitslosen im Vorjahresvergleich trotz milden Winters gestiegen

Der saisonal übliche Anstieg der Arbeitslosenzahl im Januar ist aufgrund des milden Winters deutlich niedriger ausgefallen als in den Vorjahren. Die Arbeitslosenquote liegt nun bei 7,5 Prozent. Das geht aus dem in dieser Woche vorgestellten Bericht der Bundesagentur für Arbeit hervor.

„Der bisher milde Winter bremst den Anstieg der Arbeitslosigkeit. Während wir im Januar 2013 noch ein Plus von 10.600 melden mussten, ist es aktuell eine Zunahme um 8.800 - der geringste Anstieg in einem Januar gegenüber dem Vormonat Dezember seit 2008“, erklärte Margit Haupt-Koopmann, Chefin der Regionaldirektion Nord, dazu in Kiel.

Allerdings liegt die Zahl der Arbeitslosen trotz des milden Winters und eines Anstiegs der Stellenzugänge dennoch um 2400 höher als vor einem Jahr.

Zum ausführlichen Bericht der Bundesagentur für Arbeit mit Zahlen für die Kreise und Kreisfreien Städte:

<http://www.arbeitsagentur.de/Dienststellen/RD-N/RD-N/Zahlen-Daten-Fakten/Publikationen/amb/amb-SH/Januar-2014.pdf>

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de